

Medienmitteilung

Ja zur Personenfreizügigkeit

Das richtige Zeichen gesetzt - Schweiz bleibt auf dem bilateralen Weg

Die Bürgerlich Demokratische Partei der Schweiz BDP ist sehr erfreut über die Ablehnung des Referendums gegen die „Weiterführung und Ausdehnung des Personenfreizügigkeitsabkommen“. Das unverantwortliche Referendum wäre das Ende des bilateralen Weges gewesen, die Schweiz wäre vor einem Scherbenhaufen gestanden. Mit dem Ja zu den Bilateralen I hat das Schweizer Stimmvolk heute aber trotz Wirtschaftskrise eine wichtige Voraussetzung für Arbeitsplatzstabilität und Wohlstand geschaffen.

Die BDP begrüsst den Entscheid des Schweizer Volkes, den bilateralen Weg weiterzugehen. Die Argumente der Gegner aus dem rechten Lager, die sich hauptsächlich darauf konzentriert haben, die Ängste in der Bevölkerung zu schüren, konnten sich glücklicherweise nicht durchsetzen. Die schwarzen Raben der Nein-Sager haben ausgedient und das Referendum der Jungen Schweizerischen Volkspartei JSVP, der Schweizer Demokraten SD und der Lega die Ticinese ist vom Tisch. Und das ist auch gut so, haben sich die bilateralen Verträge, die seit 2002 in Kraft sind, doch bestens bewährt: Politisch bleibt die Schweiz unabhängig, während sie wirtschaftlich von ihrem wichtigsten Handelspartner profitieren kann. Jeder 3. Franken wird mittlerweile im EU-Raum verdient, schon allein deshalb wäre ein Nein heute mehr als fahrlässig gewesen. Gerade in wirtschaftlich schwächeren Zeiten braucht die Schweiz den bilateral gesicherten, reibungslosen Zugang zum europäischen Binnenmarkt dringender denn je. Das Ja zu den Bilateralen sichert aber auch wichtige Arbeitsplätze, die bei einem Nein hätten ins Ausland verlagert werden müssen, zudem sind vor allem die KMU's häufig auf qualifizierte Arbeitskräfte aus dem EU-Raum angewiesen. Die oft von den Gegnern angedrohte Masseneinwanderung aus den neuen EU-Ländern Bulgarien und Rumänien wird es nicht geben, da die Einwanderung restriktiv festgelegt ist: Im Jahr 2010 auf 362 Personen und in Zukunft maximal 1207 Personen, von Masseneinwanderung kann also keine Rede sein. Die BDP ist zudem erleichtert darüber, dass mit dem heutigen Ja zu den Bilateralen die so genannte „Guillotine-Klausel nicht zum Tragen kommt, die bilateralen Verträge nicht nach sechs Monaten ihre Gültigkeit verlieren und die Schweiz sie in unsicheren Zeiten neu aushandeln muss.

Auskunft:

NR Hans Grunder, 079 300 29 87

8.Februar 2009